
Robert Menasse

Glaube an Europa

Eine Predigt

SV

SV

Sonderdruck



Robert Menasse

Glaube an Europa

Eine Predigt

Vortrag im Rahmen der Reihe
»Literatur zur Nacht«
der Europäischen Stiftung Aachener Dom

gehalten am
30. Mai 2023 im Aachener Dom

Suhrkamp

*Für meine Enkel Janek und Kamil und
alle Enkelkinder – sie mögen, was jetzt unsere
Verantwortung ist, hineinwachsen in eine
menschengerechte Welt*

© Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2023
Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch
eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining
im Sinne von § 44b UrhG vor.
Printed in Germany

www.suhrkamp.de

Brüder und Schwestern!

Ich erlaube mir diese Anrede, weil ich sie grundsätzlich schön und just an diesem Ort besonders sinnig finde, nämlich in einer Kirche, wo ja seit jeher der Anspruch gelebt wird, dass die Menschen einander Brüder und Schwestern sein mögen. Aber wenn ich »an diesem Ort« sage, meine ich nicht nur den Aachener Dom, ich meine Aachen, die Europa-Stadt, mit ihrer kräftigen Herzwurzel in der europäischen Geschichte und ihren neugierigen Fühlern in die europäische Zukunft. Und wird nicht in der Europhymne, der Ode an die Freude, versprochen, dass alle Menschen Brüder werden? Frauen als Schwestern zweifellos mitgemeint.

Als ich eingeladen wurde, im Aachener Dom zu sprechen, war mein erster Gedanke: Oh mein Gott! Ich soll eine Predigt halten! Will ich das? Kann ich das?

Und dann fiel mir eben ein (und ich fand googelnd dafür einige Beispiele), dass Prediger die Gläubigen mit »Brüder und Schwestern« ansprechen, und das gefällt mir, da will ich mich einreihen, so können wir uns verständigen, jedenfalls will ich nicht ein Redner sein, der die Gläubigen »Schäfchen« nennt.

Brüder und Schwestern! Jetzt habe ich euch auch als Gläubige apostrophiert, und das war vielleicht

unangemessen, zumindest voreilig, denn ich werde hier Wahrheiten predigen, denen gegenüber ihr zunächst vielleicht skeptisch eingestellt seid, und ich will ja erst bewirken, dass ihr glaubt. Ich will über Europa reden, just hier, in der Europa-Stadt Aachen, euch abbringen von Irrwegen, zur Umkehr aufrufen, den rechten Weg vorschlagen, euch zum Glauben an unser Europa verführen, auch und erst recht wenn dies zunächst dem zu widersprechen scheint, was ihr glaubt.

Brüder und Schwestern, ich nehme an, dass ihr euch durchaus als »proeuropäisch« bezeichnet, aber ich sage euch, dass das eine Phrase ist, und das Erste, was wir überwinden müssen, um wahrhaftig und konstruktiv über Europa reden zu können, ist diese phrasenhafte Sprache, zu der man schnell nicken kann, statt Nein zu sagen zu der Praxis, die sich dahinter versteckt.

Denn was bedeutet »proeuropäisch« oder, schlimmer noch, »glühender Europäer«, liebe Brüder und Schwestern? Würde ich jetzt zwölf von euch herausbitten, um es zu erklären, wir bekämen ziemlich sicher lauter verschiedene Meinungen. Ich werde euch sagen, was »proeuropäisch« bedeutet! Es bedeutet in Hinblick auf die europäische Idee, auf das europäische Einigungsprojekt, zunächst so gut wie nichts! Im besten Fall ist es ein Lippenbekenntnis, mit dem man – immerhin, aber nicht viel mehr – ausdrückt, nicht zu den nationalistischen Dumpfbacken zu gehören, die die Europäische Union ganz und gar ablehnen, für die »Brüssel« die Chiffre für – ich formuliere

es an diesem Ort bewusst so: –, für das Teuflische ist, das das Heilige, nämlich die nationale Souveränität, untergräbt. »Proeuropäisch« bedeutet ein Ja, mit dem man sich zur Europäischen Union bekennt, aber sie deswegen nicht erkennt. Denn ich sage euch: Wer der europäischen Idee wahrhaft zustimmt, muss die Idee kennen, und wer zur heutigen Union Ja sagt, darf in Hinblick auf den Zustand der Union auf keinen Fall ein Ja-Sager sein. Denn zu viel liegt heute in Europa im Argen, ist blockiert durch unproduktive Widersprüche, ist bedroht durch das Unverständnis und die Uneinsichtigkeit vieler unserer politischen Repräsentanten, die, gefesselt von nationalen Sachzwängen, statt entfesselt von der befreienden europäischen Idee, ihre Ämter anstatt die Idee zu retten versuchen. Sie nennen ihr Handeln pragmatisch, sie nennen es Realpolitik, und ja, es ist Realpolitik, aber nur insofern, als diese Politik die Realität beschädigt und die Bedingungen eines realen Zusammenwachsens Europas immer mehr zunichtemacht.

Die Idee, Brüder und Schwestern, war, nach den Erfahrungen mit drei nationalistischen Aggressionskriegen innerhalb einer Generation, dem Deutsch-Französischen, dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg und den damit verbundenen ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, eine Lehre und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Es war unbestreitbar, dass der Nationalismus der Aggressor war und dass die in ihm gärende kriminelle Energie zum größten menschlichen Leid führte, und daher war dies die Konsequenz: Wir müssen den Nationa-

lismus überwinden, einen nachnationalen Kontinent organisieren, indem wir die Nationen so miteinander verschränken und verflechten, dass keine mehr etwas gegen andere unternehmen kann, ohne sich selbst zu schaden. Das bedeutet natürlich, die Souveränität der Nationen nach und nach in einen gemeinsamen demokratischen Rechtszustand aufzuheben. Es geht um einen nachnationalen Kontinent, in dem nationalistische Aggression schließlich in die Geschichte absinkt wie die Punischen Kriege. Es geht um die Herstellung einer Einheit, in der die Vielfalt der Sprachen und Kulturen nicht mehr zu vielen, sich voneinander abgrenzenden nationalen Identitäten führt, sondern als gemeinsamer Reichtum begriffen wird, als Leben in gemeinsamer Realität und nach gemeinsamen Werten statt in den Gespinsten widerstreitender ideologischer Fiktionen. »Nationales Interesse« ist so eine Fiktion. Was soll das sein? Was kann im Interesse der *gesamten* Population eines Landes sein und dabei so *exklusiv*, dass es nicht geteilt werden kann mit den Interessen von Menschen in anderen Ländern? Habt ihr eine Antwort darauf? Bemüht euch nicht, es gibt keine. Höchstens: Nationale Interessen sind die Interessen nationaler Eliten. Aber wenn etwas gut und vernünftig ist für die Menschen in Deutschland, warum soll es nicht gut sein für Menschen in Portugal oder Zypern? Wenn etwas gut ist für Menschen in Aachen, warum soll es nicht gut sein auch für Menschen in Coimbra, Bologna, Wien oder Plovdiv und so weiter? Es geht um die wirkliche Verwirklichung der Unteilbarkeit der Menschenrechte, und »wirkli-

che Verwirklichung« ist keine Tautologie, sondern das historisch Neue und wirklich Revolutionäre der europäischen Einigungsidee, es ist das Gegenteil von einem Lippenbekenntnis. Es ist das reale und praktische Gegenteil zur Heilssuche in exklusiven historischen Irrwegen.

Aber es liegt vieles immer noch oder wieder im Argen. Dabei hat die Idee zunächst weit getragen, man muss heute sagen: überraschend weit getragen. Denn: Haben sich unsere Großeltern oder Urgroßeltern in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, den Jahren des Aufschwungs und des Glücks des nationalen Wiederaufbaus und im Schatten einer scheinbar auf ewig angelegten Spaltung Deutschlands und Europas dies vorstellen können: ein Europa mit einem gemeinsamen Markt, einer gemeinsamen Währung, einem gemeinsamen Rechtszustand mit einem gemeinsamen Gerichtshof, einer gemeinsamen Verwaltung, einem Erasmus-Raum statt nationaler Universitäten, mit Arbeits- und Niederlassungsfreiheit aller Europäer in ganz Europa und einer zumindest in Ansätzen entwickelten europäischen Volksvertretung und gemeinsamen Einrichtungen und Behörden in verschiedenen europäischen Ländern – haben sie sich das damals vorstellen können? Ich sage euch: Nein! Ich weiß es: Nein! Und ich gehe noch weiter: Sie hätten dem wahrscheinlich mehrheitlich auch gar nicht zugestimmt, weil es ihre Phantasie überfordert hätte und weil sie es nicht zusammendenken hätten können mit den Vorstellungen von nationaler Identität, mit denen sie doch alle sozialisiert worden waren. Aber

es ist gelungen, weil weitsichtige Politiker sehr kleine Schritte machten, die sich zu großen summierten, in Momenten der Möglichkeit, die sie allerdings auch herstellen mussten. Was bedeutet nun Demokratie, wenn wir uns dies vor Augen halten? Politiker haben damals nicht auf der Basis von Meinungsumfragen entschieden, und auch nicht unter dem Druck von völkischen Selbstermächtigungen, wer das »Volk« ist, wer dazugehört und wer nicht – ich sage euch: Wären Meinungsumfragen die Grundlage der politischen Entscheidungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen, es gäbe uns heute nicht, so wie wir heute leben und Freiheit und Frieden verstehen. Demokratie hat sich darin erwiesen, dass demokratische Legitimation die Verpflichtung bedeutete, die Wähler schrittweise mit Argumenten von Vernunft und Kühnheit davon zu überzeugen, eine menschengerechte Welt zu gestalten. Dass der Mensch dem Menschen ein Wolf ist, mag menschlich sein, aber es ist nicht menschengerecht. Rassismus, Xenophobie, Antisemitismus, Nationalismus, Ressentiments gegen andere Religionen und Kulturen und so weiter mag menschlich sein, aber es entspricht nicht dem Ebenbild, das der Mensch sein soll.

Aber halt! Sagt noch nicht Ja, Brüder und Schwestern. Ich sagte, es liegt zu viel im Argen, und das ist es, womit wir uns jetzt auseinandersetzen müssen, bevor wir uns auf ein profundes Ja einigen können.

Nach den großen Fortschritten, die die Gründergeneration in vielen kleinen Schritten durchgesetzt hatte, kam schließlich eine Generation in politische

Verantwortung, für die der Status quo Europas nichts Erkämpftes, nichts aus Erfahrungen und Vernunftgründen pragmatisch Durchgesetztes, nicht der Stand der Dinge *auf einem Weg* war, sondern bloß ein *Zustand*, eine Realität, gleichsam ein weiter Rahmen, den sie eben vorfanden und innerhalb dessen sie in ihren jeweiligen Ländern ihre Ämter einnahmen. »Gemeinsamer Markt«, das verstanden sie, viel mehr verstanden sie nicht. Das war ihre Erfahrung, die Erfahrungen und die Visionen der Gründergeneration hatten sie nicht. Die Widersprüche, die dynamisch waren auf einem Weg, wurden im Stillstand zu unproduktiven Blockaden.

Für diese Politikergeneration war klar, weil das ihr ganzer Erfahrungshorizont war, dass sie nur national gewählt werden, auch wenn sie dann europapolitische Verantwortung tragen, durch Sitz und Stimme im Europäischen Rat. Und weil sie auch national wiedergewählt werden wollen, klammern sie sich daran, die Fiktion nationaler Interessen verteidigen zu müssen. Und auch wenn sie sich jederzeit als »proeuropäisch« bezeichnen und in Sonntagsreden weihrauchschwenkend über Europa reden – da sind wir wieder bei diesem Punkt –, so handeln und denken sie doch antieuropäisch.

Brüder und Schwestern, das müsst ihr euch klar machen: Ihr erkennt die gegenwärtige Schiefelage Europas augenblicklich, wenn Menschen in europapolitischer Verantwortung von nationalen Interessen reden. Und umgekehrt, ihr erkennt euren eigenen proeuropäischen Widerspruch zu Europa, wenn ihr

euch fragt, ob es wirklich eine umfassend bewusste Entscheidung ist, wenn ihr bei nationalen Wahlen Parteien und Kandidaten wählt, ohne eure Wahlentscheidung davon abhängig zu machen, ob die gewählten Kandidaten die besten in Hinblick auf die europapolitische Verantwortung sind, die sie dann haben werden. Ihr wählt nicht erst bei Wahlen zum Europäischen Parlament eure europäischen Vertreter, ihr wählt sie schon bei Wahlen zum Bundestag! Weil die Menschen, die infolge eurer Wahlentscheidung dann die nationale Regierung bilden, Sitz und Stimme im Europäischen Rat haben. National gewählte Menschen, die während ihrer Amtszeit gute nationale Umfragewerte erheischen und national wiedergewählt werden wollen, sollen über nachnationale oder supranationale Politik entscheiden – ist euch dieser Widerspruch bewusst? Ist er Teil eurer Überlegungen, wenn ihr das Kreuz macht auf dem Stimmzettel?

Könnt ihr euch an nur ein europapolitisches Versprechen bei der letzten Bundestagswahl erinnern? Und doch habt ihr Parteien gewählt, die dann auch das europapolitisch verantwortliche Personal stellen.

Ihr bezeichnet euch als Proeuropäer? Es mag sein, dass ihr Proeuropäer seid – aber seid ihr Europäer?

Das ist der prototypische Systemwiderspruch. Nationale Entscheidungen sollen gestalten, woran gar nicht gedacht wurde: nämlich die nachnationale Entwicklung. Systemwidersprüche werden nicht als Dynamik erkannt, die die Entwicklung vorantreibt, sondern als Bedrohung für den Status quo, den man nicht weiterentwickeln, sondern nur irgendwie so

ausbalancieren will, dass nicht alles zusammenbricht. Jedes Problem, das Folge der *System*widersprüche ist, wird als *nationales* gesehen, das dann *national* gelöst werden soll, was dann europapolitisch eine Fliehkraft entwickelt, die nur noch mühsam unter Kontrolle gehalten werden kann.

Beispiele? Die gemeinsame Währung, der Euro, war ein großer Integrationsschritt. Aber eine gemeinsame Währung braucht auch eine gemeinsame Finanzpolitik, einen verantwortlichen Finanzminister. Aber da sagten die nationalen Finanzminister: Nein! Dieses Souveränitätsrecht geben wir nicht her, Finanzpolitik muss in nationaler Verantwortung bleiben! So wurde die gemeinsame Währung ohne gemeinsame Finanzpolitik auf den Weg geschickt, aber die logisch daraus folgenden Krisen wurden nicht einsichtig mit dieser Fehlentscheidung in Verbindung gebracht, nein, Brüder und Schwestern, die Krisen wurden zum Anlass genommen, den Nationalismus anzufeuern und hart an der Grenze zum Rassismus zu wildern. erinnert ihr euch an die »faulen Griechen«, die »auf unsere Kosten über ihre Verhältnisse leben«? erinnert ihr euch an die so schnell aufgeschaukelten Aggressionen gegen die Menschen in einem Teil Europas? Habt ihr womöglich dazu genickt? Gesteht es, beichtet es! Die Staatsschulden Griechenlands beliefen sich auf rund 2,5 % bis 3 % des BIP Europas. Und wenn man die Staatsschulden Griechenlands herausrechnet aus der Gesamtverschuldung Europas, dann beliefen sie sich auf knapp 4 %. Das hat genügt, um Rassismus und Nationalismus in Deutschland wieder hochleben zu lassen. Kalifornien

hat ein Vielfaches dieser Schulden, sowohl absolut als auch in Relation zum BIP der USA, aber niemand ist auf die Idee gekommen, dass Kalifornien nun besser aus der Dollar-Zone ausgeschlossen werden müsse. Natürlich, gemessen am Inlandsprodukt Griechenlands war die Summe erheblich, aber europäisch war sie praktisch unerheblich. Doch das nationale Denken in einem nachnationalen Club hat dazu geführt, dass deutsche Politiker darüber entschieden, das griechische Gesundheitssystem und das griechische Bildungssystem zu zerstören, damit die faulen Griechen sparen lernen. Durch Politiker, die sich als »proeuropäisch« bezeichnen und eine nationalideologische Politik betreiben, die sie in ihrer eigenen Nation ziemlich sicher gar nicht durchsetzen könnten.

Und in diesen unerträglichen Widerspruch hakt der nächste ein: Wir haben einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung, bilanzieren aber nationalökonomisch. Dabei gibt es unter den gemeinsamen Voraussetzungen keine Nationalökonomie mehr. Die Einzigen, die das nicht wissen, sind die Nationalökonominnen – und die Kanzlerinnen und Staatschefs, die sich noch immer von ihnen beraten lassen. Ich würde sagen: vergeblich sinnsuchend, wenn das nicht ein blödes Namenswortspiel wäre.

Jetzt merke ich, wie bei einigen von euch, Brüder und Schwestern, innere Unruhe und Widerspruch zu vibrieren beginnen. Weil es in euren Agen doch auch wahr ist, dass ihr mit eurem Steuergeld den so genannten Süden finanziert, den ihr nur als Urlaubsidylle, wo euer Euro noch was wert ist, haben wollt.

Seht ihr, Brüder und Schwestern, das ist jetzt ein schönes Beispiel für den unbedachten, nicht mitreflektierten inneren Widerspruch einer europäischen Haltung beziehungsweise eurer proeuropäischen Selbstdefinition. Natürlich stimmt ihr mir zu, wenn ich sage, dass man in einer Gemeinschaft wie der EU nicht zulassen kann, dass Mitgliedstaaten bankrott gehen. Und wir wissen, dass dies aber, bei aller Einsicht in die Notwendigkeit, etwa in Deutschland großen Unmut hervorruft. Aber habt ihr dieses Ärgernis nicht selbst gewählt? Habt ihr nicht genickt oder es zumindest schweigend hingenommen, als die Bedingungen definiert wurden, die zu diesem Ärgernis bei den einen und zur Demütigung der anderen geführt haben, ja führen mussten? Ich habe schon gesagt: gemeinsamer Markt, gemeinsame Wertschöpfungsketten, aber nationale Bilanzierung. Und gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Finanz- und Fiskalpolitik. Nun haben wir eine Europäische Zentralbank, die es bei diesen Widersprüchen nur falsch machen kann, weil sie eben unter diesem widersprüchlichen Druck steht: Sie muss sich den Nationalstaaten unterordnen und die Zinsen niedrig halten, damit sich die südlichen Staaten refinanzieren können, zugleich soll sie die Zinsen erhöhen, um die Inflation zu bekämpfen.

Habt ihr euch schon einmal gefragt, wie ihr entscheiden würdet, wenn bei euch eine Krankheit diagnostiziert wird, gegen die eine Therapie notwendig und hilfreich wäre – die aber eine andere schwere Krankheit auslösen würde?

Das ist die Situation, und ich sage: Ihr habt sie ge-

wählt. Immer wieder, in vielen Jahren, den langen Merkel-Jahren, in denen die Aporie der Situation, in der wir uns heute befinden, als wünschenswert und als politisches Ziel klar angekündigt und immer wieder deutlich ausgesprochen wurde. Ich erinnere an die programmatische Rede von Angela Merkel vor dem Europakolleg in Brügge im Jahr 2010.

In dieser Rede wandte sie sich gegen die Gemeinschaftsmethode, verteidigte die Souveränität der Nationalstaaten und plädierte für eine Entscheidungsfindung in europäischen Fragen durch einen Ausgleich von nationalen Interessen, durch eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners. Nun ist der kleinste gemeinsame Nenner der Stillstand, und sei es – wie sich dann zeigte – durch die Entmachtung der Europäischen Kommission, deren Aufgabe es doch war, die Entwicklung der europäischen Einigung weiterzutreiben. Das war die Folge: Die Europäische Kommission wurde degradiert, und der Rat der nationalen Staats- und Regierungschefs zur höchsten und letztentscheidenden Instanz erklärt. Das ist allerdings mit den Verträgen nicht abgedeckt. Der Rat beansprucht jetzt eine Funktion, die ihm in den Verträgen (konkret Artikel 15 EUV) untersagt ist: die eines Supergesetzgebers, vorbei an Kommission und Parlament, wobei dieser »Supergesetzgeber« zu einem Forum der Blockade oder Verzögerung wurde, weil er sich darauf fixierte, nationale Interessen zu prüfen und zu vergleichen. Ein Europa, das sich dieser willkürlichen Organisationsform unterwirft, stellt eine Rückkehr zu souveränen Nationalstaaten

dar und basiert auf der einfachen Zusammenarbeit zwischen Staaten, sofern diese überhaupt kooperieren *wollen*. Der Begriff »Zusammenarbeit« hat seit her den Begriff »Integration« ersetzt.

Auf diese Weise wird jeder Plan der Europäischen Kommission, der eine Fortentwicklung der EU beabsichtigte, durch eine Ratsentscheidung, gegen den ursprünglichen Gemeinschaftsgedanken, aufgehoben. Europäische Finanzpolitik? Ja, natürlich, aber mit nationalen Kriterien, abgeleitet von Theorien, die eine nachnationale Währung noch gar nicht kannten.

Habt ihr das gewollt, Brüder und Schwestern? Ja oder nein?

Wäre es auch anders gegangen? Ohne nationalen Groll gegen andere Nationen, ohne Aggressionen in der Innenpolitik eines Friedensprojekts, wäre das möglich gewesen? Ja, das wäre möglich gewesen, es wäre der ursprüngliche Plan gewesen. Wäre etwa die gemeinsame Währung von einer gemeinsamen Finanz- und Fiskalpolitik begleitet worden und hätte die EU das Recht bekommen, ein Budget mit eigenen Steuern zu generieren, etwa durch eine Finanztransaktionssteuer, die kein Bürger jemals gespürt hätte, kein deutscher Steuerzahler hätte sich über Transferzahlungen erregen müssen, die nur deshalb nötig wurden, weil seine Regierung davor die nationale Souveränität verteidigt hatte, diesen Popanz in einer nachnationalen Welt, dieses Goldene Kalb, diesen Götzen, der für die Abkehr von der großen Idee steht.

Als Emmanuel Macron im September 2017 an der

Sorbonne seine große Rede »Initiative für Europa« hielt, gab es von Seiten der deutschen Regierung keine Reaktion. Keine Antwort. Schweigen. Es war gespenstisch. Erinnert ihr euch, ihr deutschen Wähler? Aber es war logisch. Die Kanzlerin hatte ihre Politik ja davor klipp und klar formuliert: keine Vertiefung Europas, keine Schritte in weitere Integration, lediglich Zusammenarbeit zwischen Nationen, wo es möglich ist. Was Macron vorschlug, hatte damit keine gemeinsame Schnittmenge. Das ging gar nicht. Aber ich bin überzeugt, würde man Angela Merkel fragen, wie sie zu Europa steht, sie würde sich natürlich als »proeuropäisch« bezeichnen. Da sind wir wieder bei diesem Widerspruch.

Die deutsche Antwort kam zeitverschoben: Ein- einhalb Jahre später wurde der Vertrag von Aachen unterzeichnet. Ein bilaterales Abkommen zwischen zwei Nationen, Deutschland und Frankreich.

Da stehe ich nun vor euch, Brüder und Schwestern, hier in Aachen, und weiß nicht, wie ihr über diesen Vertrag denkt. Natürlich will ich ihn loben, hier an diesem Ort, denn wie könnte man gegen die vertiefte Zusammenarbeit dieser beiden großen europäischen Nationen Einwände haben? Und doch muss ich gestehen, dass ich, als Europäer, der weder Deutscher noch Franzose ist, diesen Vertrag und überhaupt die Politik, für die er ein Beispiel ist, zutiefst ambivalent sehe. Denn was er an Zusammenarbeit zwischen Nationen befördert, blockiert er an der Weiterentwicklung der Europäischen Union und befördert die unerträglichen, bereits angesprochenen Widersprü-

che zwischen nationaler und Gemeinschaftspolitik. Ich weiß schon, dass immer wieder gesagt wird, wie wichtig es sei, dass die Achse Deutschland–Frankreich zum Gedeihen Europas funktionieren müsse und dass diese beiden eine Führungsrolle in der EU innehätten, die sie bitte wahrnehmen mögen – aber, Brüder und Schwestern, bedenkt bitte folgende Einwände: Wie soll eine nachnationale Gemeinschaftspolitik, und das war ja die Idee, entwickelt werden, wenn innerhalb der Gemeinschaft Nationen bilaterale Verträge machen? Ich frage ja nur. Und ist das europäische Einigungsprojekt nicht zuletzt auch deshalb begründet worden, damit Deutschland nie wieder eine Führungsrolle in Europa beanspruchen könne? Es ist nur eine Frage. Und jetzt stellt euch bitte vor, nicht Deutsche oder Franzosen zu sein. Wollten wir nicht ein demokratisches Europa aufbauen? Nicht nur ein Europa mit einigen institutionellen Gemeinsamkeiten, sondern ein gemeinsames demokratisches Europa. Da sitze ich in Wien und beobachte europapolitische Entscheidungen, die getroffen werden von Politikern, die ich nicht wählen konnte und die ich nicht abwählen könnte. Konnte ich die deutsche Kanzlerin wählen? Nein. Aber ihre Entscheidungen definierten die Rahmenbedingungen, innerhalb derer ich lebe. Noch einmal: Ging es nicht um ein demokratisches Europa?

Die Absage an Gemeinschaftspolitik zugunsten eines so genannten Abwägens nationaler Interessen hat die unproduktiven Widersprüche, die wir alle als unerträglich empfinden und die nur die Europaskep-

tiker und -gegner stärkt, verfestigt, statt sie Schritt für Schritt aufzulösen, aufzuheben.

Ein Ziel des Aachener Vertrags ist es, »die Sicherheitsinteressen der beiden Staaten anzugleichen« (Zweiter Hauptabschnitt des Vertrags), und da frage ich mich: Die anderen 25 Mitgliedstaaten der EU haben kein Sicherheitsinteresse? Oder ein anderes als Deutschland und Frankreich? Genauer gefragt: Die EU als Ganzes hat kein Sicherheitsinteresse? Zweifellos, aber. Aber! Aber! Aber!

Das ist nicht Realpolitik. Das ist nur Realität. Die Realität des großen ABER.

Gemeinsame Sicherheitspolitik. Ein Lippenbekenntnis, aber bei Verteidigung nationaler Souveränität leider nicht möglich. Denn was verteidigt sie wirklich? Auf dem Schoß der NATO sitzend, verteidigt sie die Interessen nationaler Rüstungskonzerne, zum Beispiel der Deutschen, die das NATO-Mitglied Griechenland aufrüsten, gegen das NATO-Mitglied Türkei, um dann zu fordern, dass die griechische Regierung den Sozialstaat abbaut, um die Schulden für die Aufrüstung zu bezahlen, worauf sich die Bürger Griechenlands zweifellos sehr sicher fühlen, während die Türkei mit Kampfjets in den griechischen Luftraum eindringt, weil die Türkei sich durch amerikanische (NATO!) Militärstützpunkte auf Rhodos und Kos bedroht fühlt, worauf das Außenministerium in Athen von einer »beispiellosen Verletzung der nationalen Souveränität« spricht und jetzt dringend Abfangjäger fordert, und zwar NATO-Abfangjäger gegen NATO-Flugzeuge. Aber in die Auseinander-

setzung mit einem Aggressor von außen will die EU nicht hineingezogen werden. Das ist natürlich verständlich. Aber diese Selbstverständlichkeit ohne Plan und ohne Mittel und ohne Einigkeit ist keine Sicherheitsarchitektur, sondern ein löchriger Baldachin. Ein »Friedensprojekt«, wie die EU sich nennt, muss Frieden auf europäischem Boden verteidigen können, und ich meine damit nicht, dass die NATO-Mitglieder der europäischen Mitgliedstaaten in den Krieg gegen Russland eintreten sollen. Ich meine damit, dass es erbärmlich und – ja: – furchterregend ist, dass die EU keine Mittel und Möglichkeiten entwickelt und zur Verfügung hat, die man als wehrhafte Friedenspolitik bezeichnen könnte.

Krieg auf europäischem Boden – da fällt mir ein: der jugoslawische Bürgerkrieg. Wie lange ist er her? Damals gab es als einzige Reaktion NATO-Bomben ohne UNO-Mandat auf Belgrad, im Übrigen haben europäische Außenminister händereibend und wie Karikaturen aus den »Letzten Tagen der Menschheit« von Karl Kraus (»Serbien muss sterbien!«) zugeschaut, wie Jugoslawien in kleine Nationalstaaten zerbrach – die dann nach und nach in das nachnationale Projekt EU aufgenommen wurden. Hätte man danach über das Geschehene diskutiert, aus den so grotesken wie tragischen Fehlern gelernt und Gemeinschaftsbeschlüsse gefasst, dann wäre die EU in der heutigen Situation – ja, was? Es war ja nicht möglich, weil sich seither das Gewicht in der EU zu Gunsten der nationalen Staats- und Regierungschefs verschoben hat.

Europäische Bürger und Bürgerinnen haben Niederlassungsfreiheit und Arbeitsbewilligung in allen Ländern der EU. Das war ein großer Fortschritt. Aber sie haben keine gemeinsame Sozialversicherung, denn es muss ja die »Einwanderung in nationale Sozialsysteme« verhindert werden. Ich spreche nicht von »Wirtschaftsflüchtlingen« aus Afrika, sondern von Europäern – Europäer sollen in europäische Staaten nicht einwandern ... das versteht nur ein Nationalist. Es gibt Arbeitsfreiheit für alle Europäer in ganz Europa, aber keine europäische Arbeitslosenversicherung. Europäer, die außerhalb ihrer Herkunftsnation in Europa arbeiten und Steuern zahlen, dürfen dort nicht wählen, zum Schutz der nationalen Demokratie. Demokratie? In manchen Ländern dürfen sie nicht einmal bei der Europa-Wahl ihre Stimme abgeben. Dann müssen sie »heim«reisen, wo sie nicht arbeiten und keine Steuern zahlen. Wir dürfen eine europäische Volksvertretung wählen, aber nur auf der Basis von nationalen Listen. Wollten wir nicht ein demokratisches einiges Europa aufbauen?

Als Europäer kann zum Beispiel ein Österreicher mit einem Erasmus-Stipendium in Madrid studieren. Wenn er dort eine Erasmus-Studentin aus der tschechischen Republik kennenlernt und die beiden sich verlieben und ein Kind bekommen, dann streiten sich drei Nationen darum, wer das Kindergeld bezahlen, besser gesagt, nicht bezahlen muss. Ist die Nationalität der Mutter, die Nationalität des Vaters oder die Nation des Geburtsorts maßgeblich? Wenn das Kind in die Schule kommt, ist vielleicht eine Entscheidung

gefallen. Im gemeinsamen Europa ist eine europäische Biographie, die das gemeinsame Europa ermöglicht, eigentlich bedrohlich, wenn die Nationen ihre Souveränität verteidigen.

Genug der Beispiele für die unproduktiven systemischen Widersprüche in unserem Europa. Ich glaube, es ist klar, was ich euch vorführen wollte: dass wir, die wir die europäische Idee verteidigen, dieses europäische System nicht verteidigen können. Wir müssen, was wir von der Gründergeneration ererbt haben, erst erringen, um es zu besitzen.

Das Europa der »Zusammenarbeit«, wie es Angela Merkel gefordert und durchgesetzt hat, ist durch ein kompliziertes, lähmendes Ausbalancieren sogenannter nationaler Interessen vor dem Zusammenbruch bewahrt worden, das kann man anerkennen, zumindest wenn man ihre Prämissen als politische Möglichkeit akzeptiert. Aber als wir in die Phase der multiplen, sich überlappenden, bedrohlichen transnationalen Krisen kamen, zeigte sich, dass genau dadurch verhindert wurde, dass dieses Europa konsequent Gemeinschaftslösungen für gemeinsame Probleme finden kann.

Die Verteidigung so genannter nationaler Interessen verhindert Lösungen unserer großen gemeinsamen Probleme. Dann sagen die Nationalisten: Ihr seht, die EU funktioniert nicht, und bieten sich als Lösung, ja als Erlösung an – die dann nur noch mehr Probleme schafft. Dann sagen immer mehr nationale Wähler, dass diese nationalistischen Politiker wohl nicht konsequent genug waren, und wählen radika-

lere Nationalisten, die allerdings die großen Krisen, die längst transnational sind, erst recht nicht meistern können. Das setzt eine Spirale in Gang, die ihr doch nicht wollen könnt.

Straßen werden nach Faschisten benannt, Repräsentanten des Kulturbetriebs durch Neofaschisten ersetzt, kritische Journalisten eingeschüchtert oder gar ins Gefängnis geworfen, regierungsnahе Medien führen Kampagnen gegen Minderheiten – und ihr sagt: Das passiert doch nicht bei uns, das geschieht in anderen Ländern, in Ungarn, Polen oder Italien ...

Nein, Brüder und Schwestern, das passiert bei uns, in unserem Europa! Tröstet euch nicht damit, dass es euch vielleicht noch nicht unmittelbar betrifft, fragt euch, ob es das ist, was ihr wollt!

Wenn wir nichts dagegen unternehmen, dann wird es die EU zerreißen, dann wird der Himmel in seinem schönen Blau mit den goldenen Sternen auf uns herabstürzen.

Was könnt ihr wissen? Was dürft ihr hoffen? Was sollt ihr tun?

Was könnt ihr wissen? Zumindest dies: Es geht um ein nachnationales Europa. Es geht nicht um die Führungsrolle Deutschlands oder sonst einer Nation. Es geht um ein demokratisches Europa der Europäer, das heißt, es geht um die Souveränität der Menschen und nicht um die Souveränität der Nationen. Es geht nicht um die *Freiheit* der multinationalen Konzerne in einem Europa der Nationen, es geht nicht um die *Gleichheit* nur der Ware Arbeitskraft und es

geht nicht um die Hoffnung auf *Brüderlichkeit* in der Preisgestaltung. Es geht um wahre Brüderlichkeit und Schwesternschaft. Es geht um Freiheit bei Gleichheit der Chancen aller Menschen in unserer Union. Es geht um Respekt gegenüber allen Kulturen und Sprachen, um Stolz auf diesen Reichtum und seine Möglichkeiten. Es geht um eure Einsicht in die Notwendigkeit des Widerstands gegen politische Rezepte des 19. Jahrhunderts. Vergesst nicht: die Nation ist geschmiedet worden mit Waffengewalt, Blut und Tränen, um dann in Konkurrenz zu anderen Nationen die größten Verbrechen zu begehen. Die EU ist die Konsequenz aus dieser Erfahrung: Die EU hat ihr Territorium *nicht* durch Gewalt genommen, es *nicht* durch einen Bürgerkrieg geeint und hat *nicht* den Anspruch, eine Nation zu bilden, die gegen andere konkurriert.

Was dürft ihr hoffen? Viel mehr, unendlich viel mehr, als euch die Nationalisten versprechen, mit ihrem Angebot einer fiktionalen Solidarität, die sich selbst widerlegt durch ihr Ressentiment, das im Moment nur Ressentiment gegen Ausländer ist, aber sich schnell auch gegen euch richten kann. Wenn ihr wählen geht, vergesst nicht: Noch könnt ihr nur national wählen, aber ihr könnt doch schon jetzt die Zukunft wählen.

Was sollt ihr tun?

Da liegt ein Spatz auf dem Boden. Auf einer Waldeslichtung unter grauem Himmel. Er liegt auf dem Rücken und streckt seine Beinchen in die Höhe. Es kommt ein Kater vorbei, sieht den Spatz und staunt.

Er denkt nicht: Das ist eine leichte Beute, oder vielleicht denkt er es doch, aber zuerst will er dieses ungewöhnliche Verhalten des Vogels verstehen, und so fragt er: Was liegst du, ein Tier der Lüfte, hier auf dem Boden und streckst deine Beinchen in die Höhe?

Der Spatz antwortet: Du hast es vielleicht noch nicht bemerkt, aber der Himmel droht herabzustürzen.

Da muss der Kater lachen: Und du glaubst, wenn du da liegst und deine Beinchen in Richtung Himmel stemmst, dass du das verhindern kannst?

Das glaube ich nicht, sagt der Spatz, aber ich tu, was ich kann.

Hat der Kater daraufhin den Vogel gefressen? Er war verblüfft, er war so verwirrt, dass er sich getrollt hat. Er dachte lange nach, dieses »Ich tu, was ich kann!« ging ihm nicht aus dem Kopf, und so beschloss er eines Tages, zu der Stelle zurückzukehren, wo er den Spatz gesehen hatte, um zu schauen, ob er immer noch da liegt und seine dünnen Beinchen in die Höhe streckt.

Er fand ihn nicht mehr, aber er traf auf der sonnigen Lichtung ein Lamm, das an der Seite eines Wolfs lag. Und der Himmel war groß und blau und weit.

Friede sei mit euch! Glaubt an unser Europa! Vergesst nicht: Die Gründer des europäischen Einigungsprojekts versprachen ein neues Zeitalter, für sie war Europa eine *Verheißung*! Gehet hin und verteidigt die Idee! Verteidigt *praktisch* die Idee! Steht auf, wenn ihr Europäer seid! Brüder und Schwestern, steht auf und zeigt, dass ihr Europäer seid! Steht auf!

